

«Freiwild» wegen Kennzeichen?

ZÜRICH. Ein Kennzeichen auf der Kampfmontur von Polizisten, um anonymen Übergriffen vorzubeugen: Das will eine Mehrheit des Zürcher Stadtparlaments. Die Polizei ist empört und versucht nun, mit Lobbyarbeit den Entscheid zu korrigieren.

PETER FRITSCHÉ

Es brodelt im Korps der Zürcher Stadtpolizei. Für die Polizisten kommt eine Kennzeichnung im «unfriedlichen Ordnungsdienst», also zum Beispiel bei 1.-Mai-Nachdemo-Einsätzen, nicht in Frage. «Die Sache ist noch nicht gegessen», sagt Martin Niederer vom Stadtzürcher Polizeibeamtenverband. Vor dem 2. März, wenn die neue Polizeiverordnung im Gemeinderat verabschiedet werden soll, wollen die Polizisten versuchen, die Befürworter unter den Parlamentariern durch Gespräche oder eine Aktion zu einem Umdenken zu bewegen. Niederer: «Wie wir das genau machen, ist noch nicht entschieden.» Zumindest moralische Schützenhilfe erhalten die Zürcher Polizisten vom Schweizerischen Polizeibeamtenverband. Dieser forderte gestern in einer Medienmitteilung, der Gemeinderat müsse «dieses ungerechtfertigte Misstrauensvotum gegen die rund 1600 Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten korrigieren».

Die politische Linke im Zürcher Stadtparlament hatte das Kennzeichen letzte Woche in der Debatte um die Polizeiverordnung gefordert und eine 63-zu-59-Mehrheit für das Anliegen gefunden. Und zwar sollen die Kampfmonturen nicht mit einem Namensschild, sondern mit einer Nummer versehen werden, die nach jedem Einsatz wechselt. Dieser Code soll es ermöglichen, nach gewalttätigen Übergriffen von Seiten der Polizei die uniformierten Täter einfacher zu ermitteln. «Es muss eine klare Zuordnung möglich sein», fordert der grüne Gemeinderat Balthasar Glättli. Zwar habe es seit längerem keine schwerwiegenden Fälle von Polizeigewalt gegeben, aber: «Die Polizei hat das Gewaltmonopol. Sollte ein Polizist das missbrauchen, so liegt es im Interesse der Öffentlichkeit und auch der Polizei, dass der Fehlbar rasch gefunden wird», sagt Glättli.

Das Polizeikorps sieht die Sache ganz anders. Es befürchtet, wegen des Kennzeichens noch stärker als bislang zur Zielscheibe gewalttätiger Demon-

stranten zu geraten. Der Mob könne sich etwa an einer 1.-Mai-Nachdemo gezielt auf einen Polizisten mit einer bestimmten Nummer einschliessen, sagt Niederer. Oder es sei theoretisch möglich, einen Polizisten im Nachhinein mit einer Flut ungerechtfertigter Anzeigen einzudecken. Für Heinz Buttauer vom Schweizer Polizeibeamtenverband ist Persönlichkeitsschutz für Polizisten bei Ausschreitungen elementar: «Krawallanten und Hooligans sehen uns von Vornherein als Gegner», sagt Buttauer. Das Kennzeichen mache Polizisten zu «Freiwild».

Bern und Basel: Kein Problem

Die Diskussion über die Kennzeichnung der Polizei ist nicht neu. Mehrfach wurde dies auch schon im Kantonsrat gefordert, allerdings stets erfolglos. Das heisst, müsste die Stadtpolizei die Beschriftung tatsächlich einführen, stünden bei gemeinsamen Einsätzen mit den Kollegen der Kantonspolizei codierte Polizisten neben anonymen Uniformierten. Nummern auf der Kampfmontur, das wurde auch schon in Winterthur verlangt und verworfen. Hingegen sind in Winterthur, Zürich und auch in vielen anderen Gemeinden Polizisten mit Bürgerkontakt, also zum Beispiel Quartierpoli-

zisten, mit einem Namensschild unterwegs. Interessant ist ein Blick in die Stadt Basel und in den Kanton Bern: Seit mehreren Jahren tragen diese Polizeikorps bei Demoeinsätzen die in Zürich umstrittenen Kennzeichen. Es habe damit nie Probleme gegeben, sagte ein Sprecher des Stadtbasel Polizeibeamtenverbandes kürzlich dem «Tages-Anzeiger». «Keine negativen Erfahrungen», meldet auch die Berner Kantonspolizei auf Anfrage.

Für Befürworter wie Balthasar Glättli ist dies natürlich ein starkes Argument für eine Uniformkennzeichnung. Das zeige, dass die Befürchtungen der Zürcher Stadtpolizei und des schweizerischen Berufsverbandes «schon sehr weit hergeholt sind», sagt Glättli. Die Praxis zeige, dass Polizisten nicht wie befürchtet zu Freiwild würden. «Indem die Codes nach jedem Einsatz wechseln, soll das ja verhindert werden», so der grüne Gemeinderat. Umgekehrt wäre es mit Code künftig nicht mehr möglich, dass sich Polizisten gegenseitig deckten.

Marcel Bosonnet, ein Anwalt, der oft Mandanten in Zusammenhang mit möglicher Polizeigewalt vertritt, sagt: «Ein Kennzeichen wäre einfach enorm hilfreich für die Rekonstruktion des Tatgeschehens.»

Vorbehalte gegenüber DRG

ZÜRICH. Der Kantonsrat hat ein Postulat, das DRG-Moratorium fordert, mit 64 Stimmen für dringlich erklärt. Nötig waren 60 Stimmen. Mit dem Postulat von AL, SP und EVP wird der Regierungsrat gebeten, sich auf Bundesebene für ein Moratorium der Einführung von Diagnosis Related Groups (DRG) einzusetzen. Die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung sieht vor, dass Spitalaufenthalte ab 1. Januar 2012 per Fallpauschale und nicht mehr über die effektive Behandlungs- und Aufenthaltsdauer berechnet werden.

Der Antragstellerin Erika Ziltener (SP, Zürich) fehlt es an «sorgfältigen Rahmenbedingungen»: So müsse zwingend eine Begleitforschung stattfinden, und zwar während zwölf Monaten vor der Einführung, sagte sie gestern. Deshalb sei das Postulat dringend. «Die Begleitforschung kann erst nach der Einführung stattfinden», befand hingegen Regine Sauter (FDP, Zürich). Die FDP lehne sowohl die Dringlichkeitserklärung als auch das Postulat selbst ab. Willy Haderer (SVP, Unterengstringen) bezeichnete es zudem als «typisches Verhalten der Linken, dass sie dagegenspurt» und Kosteneinsparungen verzögere. Während sich die Ratsrechte vom neuen Gesetz mehr Transparenz und Vergleichbarkeit von Spitälern verspricht, nannte Kaspar Bütikofer (AL, Zürich) den neuen Wettbewerb in der Spitallandschaft einen «Wettbewerb ohne Markt».

Die Antragsteller bemängeln, dass die Auswirkungen des DRG-basierten Systems auf die Versorgungssicherheit und auf die Aus- und Weiterbildung des gesamten Gesundheitspersonals sowie deren Arbeitsbedingungen unklar seien. Nun muss der Regierungsrat innert vier Wochen zum Postulat Stellung nehmen. (jig)

Tödlicher Sturz

ZÜRICH. Ein 58-jähriger Mann hat sich am Sonntagabend an der Langstrasse 104 in Zürich bei einem Sturz von einem Balkon im 3. Stock tödliche Verletzungen zugezogen. Die Umstände des Sturzes sind noch unklar, wie Staatsanwaltschaft und Stadtpolizei Zürich in einer gemeinsamen Mitteilung schreiben. Die ausgerichteten Rettungskräfte konnten nur noch den Tod des Verunglückten feststellen. (sda)



Polizisten im Einsatz an einer 1.-Mai-Demonstration: Ginge es nach dem Stadtparlament, sollen ihre Uniformen künftig gekennzeichnet sein. Die Polizei will das nicht. Bild: key

Zwei Standorte für Stellungspflichtige

ZÜRICH. 60 Stellungspflichtige haben sich gestern in der Kaserne Reppischtal über Armee, Zivildienst und Zivildienst informiert. Seit diesem Jahr findet diese Orientierung nur noch an zwei Standorten im Kanton Zürich statt, teilte das Amt für Militär und Zivildienst mit. Neben Birmensdorf finden die Orientierungstage dieses Jahr noch im Ausbildungszentrum in Andelfingen statt. Die Rekrutierung der im Kanton Zürich wohnhaften Männer und Frauen findet dann im Rekrutierungszentrum in Rüti statt. Sie dauert zwei bis drei Tage. Das Zentrum ist zuständig für die Kantone Zürich, Thurgau, Zug und Schaffhausen. (sda)

Dealer verhaftet

ZÜRICH. Die Polizei hat am Freitagabend im Stadtzürcher Kreis 11 einen mutmasslichen Drogendealer festgenommen. Bei dem 27-jährigen Iraker wurden 240 Gramm Betäubungsmittel gefunden. Der Mann halte sich illegal im Land auf, heisst in der Mitteilung. Er wurde verhaftet und der Staatsanwaltschaft Zürich zugeführt. (sda)

Mit Spinnennetzen zum Wahlscheid

ZÜRICH. Ab heute können sich unentschlossene Wähler wieder im Internet Hilfe holen. Zum ersten Mal haben sie dafür zwei Onlinedienste zur Auswahl.

ANNA WEPFER

In knapp zwei Monaten entscheiden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons, wer sie die nächsten vier Jahre im Kantonsrat und in der Regierung vertreten soll. Während sich die Kandidierenden mit Wahlprogrammen zu profilieren versuchen, ist es die Aufgabe der Wählerinnen und Wähler, im Flyer- und Plakatedschun- gel den Überblick zu bewahren.

Bereits zum dritten Mal seit den Regierungswahlen 2007 bietet die Onlineplattform Smartvote der Zürcher Bevölkerung eine Orientierungshilfe. Anhand eines ausführlichen Fragebogens ermittelt der Dienst das politische Profil der Kandidierenden. Das Ergebnis wird in einer achteckigen Spinnennetzgrafik visuell dargestellt. Jede Achse steht für einen bestimmten Bereich (Migrationspolitik, Um-

weltschutz, Finanzen etc.). Damit zeigt der sogenannte Smartspider auf einen Blick, wo ein Kandidat politisch steht. «Wir wollen Transparenz schaffen», sagt Marco Reimann, Smartvote-Projektleiter für den Kanton Zürich. Das sei vor allem für Jungwähler hilfreich.

Mitmachen ist für die Politiker in spe freiwillig. Bisher haben sich 759 Kantonsratskandidaten dieser Herausforderung gestellt (52 Prozent der Kandidierenden). Von neun Regierungskandidaten haben sich sieben auf

der Homepage registriert. Zu ihnen gehört auch Hans Hollenstein (CVP), der die Fragen aber noch nicht beantwortet hat. Noch nicht registriert sind die amtierenden SVP-Regierungsräte Ernst Stocker und Markus Kägi.

«Es wird noch eine Weile dauern, bis alle interessierten Kandidaten den Fragebogen ausgefüllt haben», sagt Reimann. Er rechnet damit, dass sich bis zu den Wahlen rund 75 Prozent aller Kantonsratskandidaten und sämtliche Regierungsanwärter beteiligen.

SO FINDEN SIE IHRE WUNSCHKANDIDATEN

Heute schaltet die Onlineplattform Smartvote ihre Wahlhilfe für die kantonalen Wahlen 2011 auf. Sie funktioniert so: 1. Auf www.smartvote.ch die gewünschte Wahl (Kantons- oder Regierungsrat) anwählen. 2. Den Fragebogen unter dem Stichwort «Wahlempfehlungen» ausfüllen. Die Version für Eilige (Rapid) zählt 32 Fragen, jene für Interessierte (Deluxe) 66 Fragen. Smartvote vergleicht die Antworten mit jenen der Kandidaten und führt in einer Liste

die Personen mit den meisten Übereinstimmungen auf. 3. In der «KandiDatenbank» sind zudem alle Antworten der Kandidierenden und deren Smartspiders einsehbar. Eine Registrierung auf der Homepage ist nicht nötig, um die Dienste zu nutzen. Die Anmeldung kann sich aber lohnen, weil sie es dem Benutzer ermöglicht, seine Antworten zu speichern. So muss er den Fragebogen nicht mehr ausfüllen, wenn er seine Kandidatenliste aktualisieren will. (awe)

Neuer Konkurrent mischt mit

Zum ersten Mal erhält Smartvote dieses Jahr Konkurrenz. Der Verein Vimentis mit Sitz in St. Gallen bietet ab Mitte Februar eine alternative Wahlhilfe an. Das Konkurrenzprodukt funktioniert im Prinzip wie Smartvote. Der Fragebogen ist aber etwas kürzer und die Grafik soll übersichtlicher sein als die Smartspiders, wie Sascha Hilpert von Vimentis sagt. Ob die neue Grafik für die kantonalen Wahlen schon bereitstehen wird, ist aber noch nicht klar. Falls nicht, werden vorübergehend auch Spinnennetzgrafiken verwendet. Bisher haben 40 Prozent der Zürcher Kantonsratskandidaten den Vimentis-Fragebogen ausgefüllt.